

# Katastrophenschutz-Leuchttürme für Berlin

Entwicklung eines bevölkerungsnahen Krisen- und Katastrophenmanagement

Von Claudius Ohder, Birgitta Sticher

Wir Bewohner/innen moderner Großstädte verlassen uns darauf, dass die Versorgung mit Wasser, Lebensmitteln und Strom funktioniert, Kommunikation und Mobilität gewährleistet sind und wir jederzeit medizinische Hilfe erhalten können. Wir gehen davon aus, dass es Stellen gibt, die dafür sorgen, dass es zu keinen Ausfällen kommt – und falls der Fall doch eintritt, die Folgen abfedern und die rasche Rückkehr zur Normalität organisieren. Aber können wir uns da so sicher sein? Die Erfahrungen zeigen nämlich, dass unsere entwickelten Infrastrukturen für Kaskadeneffekte anfällig sind, sektorale Störungen „übergreifen“ können und gerade dadurch notwendige Hilfeleistungen erschwert werden.

Dass eine Grippeepidemie vor Krankenhäusern, Rettungsdiensten und Krisenstäben nicht Halt macht und dadurch die Versorgung von Erkrankten beeinträchtigt sein wird, liegt auf der Hand. Aber besonders verheerend dürften die Auswirkungen eines längeren und großflächigen Stromausfalls sein. Plünderungen, Unruhen und andere Gewalt sind in Berlin wenig wahrscheinlich. Anders als in New York der 1970er Jahre dürfte es bei einem Stromausfall zu keinen spontanen Entladungen sozialer und ethnischer Spannungen kommen. Die Folgen sind im Einzelnen eher unspektakulär in ihrer Gesamtheit aber durchaus dramatisch. Innerhalb weniger Tage dürfte es zu einem kompletten Stillstand des öffentlichen und privaten Lebens kommen und der Notstand müsste ausgerufen werden. Spielen wir die Folgen am Beispiel einer Familie Yilmaz durch.

Bis zu diesem Punkt sind die Folgen des Stromausfalls belastend, beängstigend

aber noch verkraftbar. Was wäre, wenn der Stromausfall in eine Periode mit arktischem Klima gefallen wäre und die alte Frau Yilmaz einen Herzinfarkt erleiden würde? Was geschieht in dem Pflegeheim in Kladow, dem das Personal abhanden gekommen ist? Der Leser mag das Szenario fortspinnen. Auch wenn in Berlin ausgearbeitete Pläne für das Krisen- und Katastrophenmanagement bei Stromausfall oder bei sog. Großschadensereignisse vorliegen und sich die verantwortlichen Akteure in Übungen wie der länderübergreifenden Krisenübungen (LüKEx) auf den Ernstfall vorbereiten, sollten wir und nicht so optimistisch sein, dass der Ausfall von Infrastrukturen für die Stadt und ihre Bewohner/innen glimpflich ausgeht.

Eine wesentliche Schwachstelle des derzeitigen Ansatzes besteht darin, dass ihm noch der militärische Ursprung nachhängt: Es wird zentral administriert, Kräfte werden zusammengezogen, Hilfsgüter werden nach Plan verteilt. Zudem ist es kaum vorstellbar, dass diese ausreichen können, um die 3,5 Millionen Berliner/innen zu versorgen. Tatsächlich werden die Hilfebedarfe sehr unterschiedlich ausfallen, zu ganz unterschiedlichen Zeiten einsetzen, die Kommunikation wird erheblich eingeschränkt sein und die Logistik beeinträchtigen.

Wie lässt sich der Hilfebedarf differenziert ermitteln? Wie ist es der Familie Yilmaz – auch vor dem Hintergrund

Die Stadt ist seit zwei Tagen ohne Strom. Die Familie lebt mit ihren drei Kindern im Alter von 5, 3 und einem halben Jahr in Spandau in der 5. Etage eines Wohnblocks. Bei der Familie wohnt die Mutter von Frau Yilmaz, die herzkrank ist. Herr Yilmaz arbeitet in einer Großbäckerei in Reinickendorf. Frau Yilmaz, die nur sehr wenig deutsch spricht, ist Teilzeitkraft in einem Pflegeheim in Kladow. Die Lebensmittel der Familie sind weitgehend aufgebraucht und sie ist in Sorge, dass die Kinder in den nächsten Tagen nicht ausreichend Nahrung haben werden. Darüber hinaus fließt kein Wasser mehr, da der Leitungsdruck erheblich abgesunken ist. Die Toilettenspülung ist trocken. Das Hochschleppen von Wasser aus dem 2. Stock – dort fließt noch Wasser – ist mühsam und möglicherweise ist es verkeimt. Auf einem Campingkocher kann Frau Erdogan das Wasser für die Babynahrung des jüngsten Kindes abkochen, aber Gas und Milchpulver gehen dem Ende zu. Die Windeln sind ebenfalls aufgebraucht. Herr Erdogan ist zu Hause. Der öffentliche Personennahverkehr fährt das Gewerbegebiet, in dem die Bäckerei liegt, nicht mehr an und er geht davon aus, dass die Produktion ohnehin eingestellt ist. Er sorgt sich wegen des Lohnausfalls. Auch Frau Yilmaz bleibt zu Hause. Sie ist in Sorge um die Kinder und der Bus, mit dem sie normalerweise ihre Arbeit erreicht, fährt nicht mehr. Besonders beunruhigt sie, dass ihre Mutter über Herzstechen klagt, aber niemand weiß, an wen man sich zur Abklärung wenden kann. Die Hausarztpraxis ist geschlossen. Die Wohnung ist inzwischen auf 13 Grad heruntergekühlt. Das älteste Kind hat sich erkältet und fiebert. Der Mangel an Informationen trägt dazu bei, dass die nervliche Belastung wächst. Die quengelnden Kinder und die jammernde Mutter verschärfen die Situation weiter.

ihrer beschränkten Sprach- und Behördenkenntnisse und bei Ausfall von Fernsehen, Telefon, Internet und Radio – möglich, ihren Hilfebedarf mitzuteilen sowie Informationen und Hilfe zu erhalten?

Einen Ansatzpunkt bietet das Erfassen von **Vulnerabilitäten** im Vorfeld. Wo etwa gehäuft alte Menschen leben oder Wohngebäude höher als vier Stockwerke sind, muss mit einem erhöhten Hilfebedarf gerechnet werden. Aber nicht weniger wichtig ist die Stärkung der Selbsthilfepotenziale in der Stadt. Im Haus und der Nachbarschaft der Familie Yilmaz gibt es sicherlich Menschen, die helfen können und möchten – indem sie etwa Wasser nach oben tragen, bei der Betreuung der Kinder unterstützen, mit Lebensmitteln aushelfen oder einen Arzt für die Untersuchung der alten Frau Yilmaz kennen.

Allerdings wissen wir – gerade für das multikulturelle Berlin - wenig über die Hilfsbereitschaft: Unter welchen Umständen sind die Menschen in der Stadt bereit, einander zu unterstützen? Was behindert gegenseitige Hilfe? Wo liegen die Grenzen?

Die Hilfsbereitschaft der Bürger/innen und die Hilfebedarfe müssen zusammen gebracht werden, das heißt, es bedarf der Organisation. Auch müssen rechtliche Probleme abgeklärt werden, die bei dem Einsatz von Freiwilligen auftauchen können. Gibt es beispielsweise versicherungsrechtliche Risiken, wenn Herr Yilmaz mit dem PKW des Nachbarn seine Schwiegermutter und weitere Senioren aus seinem Haus zu einer Arztpraxis in Charlottenburg fährt?

Diese und weitere Fragen werden in den nächsten drei Jahren am Fachbereich Polizei und Sicherheitsmanagement der HWR Berlin bearbeitet. Das Team besteht aus den Projektleitern und drei wissenschaftlichen Mitarbeiter/innen. Studierende sollen, wie schon in dem Vorläuferprojekt, in die Forschungspra-



Leuchtturm mit Signalwirkung

Foto: Hansestadt Rostock/Fotoagentur nordlicht

xis eingebunden werden. Die Förderung kommt aus dem Programm „Forschung für die zivile Sicherheit“ des BMBF. Die Arbeitsergebnisse fließen in die Entwicklung und exemplarische Umsetzung des Konzepts „Katastrophenschutz-Leuchttürme“ ein. Was ist darunter zu verstehen? Ein solcher Leuchtturm ist eine notstromversorgte und damit „leuchtende“ Anlaufstelle für die Bevölkerung. Hier könnte sich die Familie Yilmaz informieren, dringenden Hilfebedarf anmelden und den Zugang zu elementaren Hilfeleistung erhalten. Zugleich soll in diesen Leuchttürmen Hilfsbereitschaft und Hilfebedarf lokal aufeinander abgestimmt werden. Vielleicht gibt es im Quartier noch eine Gaskartusche mit der die Familie weiterhin Nahrung für das Baby zubereiten könnte – aber ohne Kommunikation und Koordination wird sie nicht zu der Familie gelangen.

Um diese Ziele zu erreichen, muss im Projekt geklärt werden, wie Leuchttürme ausgestattet sein sollen und wo diese einzurichten wären. Weiter muss gewährleistet sein, dass die Leuchttürme ein funktionierendes vernetztes System bilden und miteinander kommunizieren können.

An diesem mit insgesamt etwa drei Millionen Euro geförderten Projekt sind

weitere Konsortialpartner beteiligt: Das Forschungszentrum Katastrophenrecht der Humboldt-Universität zu Berlin, die Beuth-Hochschule für Technik Berlin, das Bezirksamt Steglitz-Zehlendorf, die Berliner Feuerwehr, die Charité Universitätsmedizin Berlin und die Firma Time-Kontor AG. Die Senatsverwaltung für Inneres und Sport und die Berliner Polizei sind assoziierte Partner.

*Die Autorin ist Professorin für Psychologie und Führungslehre, der Autor Professor für Kriminologie am Fachbereich Polizei und Sicherheitsmanagement der HWR Berlin.*